

Antrag**Antragssteller: Junge Union KV Ludwigsburg****Mehr Sicherheit in unseren Städten und Gemeinden**

Der Junge Union fordert, unter Berücksichtigung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes, eine weitestgehend flächendeckende Videoüberwachung an Bahnhaltstellen und öffentlichen Plätzen sowie die Prüfung von Gittern und Zutrittsbeschränkungen an Bahngleisen.

Begründung

Das subjektive Sicherheitsgefühl zahlreicher Bürgerinnen und Bürger leidet seit geraumer Zeit unter den aktuellen brenzlichen sicherheitspolitischen Themen. Dabei spielt neben der Gefahr durch Terror auch die gängige Alltagskriminalität eine entscheidende Rolle. Zahlreiche Vorfälle an Bahnhöfen zeigen, dass dieses subjektive Sicherheitsgefühl leider jedes Mal aufs Neue bestärkt wird. Erst jüngst kam es in Berlin erneut zu einem Vorfall, bei dem ein 30-jähriger Mann in das Gleisbett gestoßen wurde und anschließend von einer einfahrenden Bahn tödlich erfasst wurde. Im Juli dieses Jahrs kam es zu einem Vorfall, der unsere ganze Republik schockiert hatte: Ein Mann stößt am Frankfurter Hauptbahnhof eine Mutter und ihr Kind auf das Gleisbett vor einen einfahrenden ICE. Während sich die Mutter retten konnte, verstarb ihr 8-jähriger Sohn. Vorfälle wie diese führen uns immer wieder vor Augen, was für viele undenkbar, inzwischen aber doch zur Realität geworden ist.

Selbstverständlich liefert eine ausgeprägte Videoüberwachung sowie das Einrichten von möglichen Barrieren an Bahngleisen nie zu einer absoluten Sicherheit, allerdings müssen wir alle Möglichkeiten ergreifen, die sich uns bieten, das Risiko derartiger Taten zu senken und womöglich durch weitestgehende Abschreckung gar zu verhindern. Als politische Aufgabe einer Partei und insbesondere der CDU als Partei der inneren Sicherheit muss es uns ein Anliegen sein, in diesem Thema voranzuschreiten und eigene Lösungskonzepte zu entwickeln.

Empfehlung der Antragskommission

Annahme